

Annexion in Israel, Verwirrspiel in Kanada

David Kattenburg, mondoweiss.net, 03.06.20

Tut er's oder tut er's nicht? Wird der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu seinen Schwur einlösen, ab Anfang Juli das Jordantal und die Siedlungen im Westjordanland, etwa dreißig Prozent der palästinensischen Gebiete, die Israel besetzt hält, zu annektieren, oder wird er den Warnungen führender Politiker der Welt Beachtung schenken und am Status Quo festhalten, den sie unterstützen: die schleichende de facto Annexion?

Eine israelische Annexion des Jordantals und seiner Kolonien im Westjordanland würde gegen drei grundlegende Normen des Völkerrechts verstoßen, die alle den Status eines jus cogens (zwingende Normen des allgemeinen Völkerrechts) haben:

- 1) das Verbot des gewaltsamen Gebietserwerbs
- 2) die Verpflichtung, das Recht der Menschen auf Selbstbestimmung zu respektieren, und
- 3) das Verbot der Unterwerfung, Kontrolle, Ausbeutung, Rassendiskriminierung und Apartheid durch Ausländer.

Botschafter der Europäischen Union (EU) und einem Dutzend Mitgliedsstaaten haben davor gewarnt, dass die Annexion ein Ende der „Zwei-Staaten-Lösung“ bedeuten würde, etwas, darauf bestehen sie, das nicht tot ist und das für den regionalen „Frieden und Sicherheit“ unverzichtbar ist. Genau wie die EU-Schwergewichte Angela Merkel und Boris Johnson, der sich sogar auf das „A-Wort“ berief. „Was wir sagen wollen, ist, dass wir eine Zwei-Staaten-Lösung haben müssen, sonst haben wir eine Art Apartheid-System“, warnte Johnson in einem Gespräch mit der Jerusalem Post 2017.

Der Kanadier Justin Trudeau - ein erklärter Verfechter der „an Regeln gebundenen internationalen Ordnung“ bei anderen Gelegenheiten (z.B. der Annektierung der Krim durch Russland) - hat hingegen nur zögerlich reagiert.

Fünzig ehemalige kanadische Diplomaten und Außenminister, führende kirchliche Gruppen und die *Canadian Friends of Peace Now* mahnten ihn. Am 2. Juni schließlich, mitten in einer Medienkonferenz über Covid-19 und die amerikanischen Unruhen, konfrontierte ihn jemand mit der Frage.

„Wir als Land sind fest entschlossen, uns für eine Zwei-Staaten-Lösung einzusetzen“, antwortete Trudeau. „Ich habe sowohl öffentlich als auch direkt gegenüber Premierminister Netanjahu und dem stellvertretenden Premierminister Benny Gantz betont, wie wichtig es ist, von unilateralen Maßnahmen abzusehen, und auch unsere tiefen Bedenken und Nichtübereinstimmung mit der von ihnen vorgeschlagenen Annexionspolitik.“ Kanada ist „sehr besorgt, dass Israels Vorantreiben einer einseitigen Annexion den Friedensverhandlungen schaden und gegen das Völkerrecht verstoßen könnte“, sagte ein Sprecher für Auswärtige Angelegenheiten gegenüber der CBC.

Ach wirklich? Kanadas langjährige, erklärtermaßen eiserne Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit jüdischen Siedlungen in den besetzten/kolonisierten palästinensischen Gebieten erzählen eine andere

Geschichte. Bevor wir auf die Details eingehen, lohnt es sich, das juristische Gewicht der israelischen Aktivitäten hervorzuheben.

Die Legalität der Annexion

Das im Westfälischen Frieden von 1648 verankerte Verbot des gewaltsamen Gebietserwerbs ist älter als die Verordnungen gegen Sklaverei und Völkermord. In Anlehnung daran heißt es in Artikel 2 Absatz 4 der UN-Charta von 1945: Alle Mitglieder unterlassen ... die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit eines Staates, oder in einer anderen Form, die mit Sinn und Zweck der Vereinten Nationen unvereinbar ist [Hervorhebung hinzugefügt]. Zu den in Artikel 1 aufgeführten Zielen der Vereinten Nationen gehören: „Gerechtigkeit und Völkerrecht“, „Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker“ und „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse ...“.

Die Illegalität territorialer Annexion wird in den vier Genfer Konventionen von 1949 bekräftigt, welche die Kriegsgesetze verkörpern. In einer ihrer bahnbrechendsten Erklärungen zu diesem Thema erklärte die Resolution 2625 der UNO-Generalversammlung (Oktober 1970), dass „kein Gebietserwerb durch Androhung oder Anwendung von Gewalt als rechtmäßig anerkannt werden darf“. Der UN-Sicherheitsrat hat dies seit Israels Eroberung des Westjordanlandes im Juni 1967 acht Mal erklärt, zuletzt im UN-Sicherheitsrat 2334 im Dezember 2016, und der Internationale Gerichtshof - das höchste Justizorgan der Welt - bestätigte 2004 das Verbot in seinem Beschluss zu Israels Trennungswand.

Das gilt auch für eine Reihe von UN-Beamten und angesehenen Juristen. Die Umwandlung der dauerhaften militärischen Besetzung in einen Souveränitätsanspruch wäre ein „verbotenes koloniales Unternehmen“, schreibt Michael Lynk, kanadischer Rechtsprofessor und UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten. Lynk zitiert Lassa Oppenheim, deutscher Jurist und Vater des modernen Völkerrechts: „Die Autorität der Besatzungsmacht enthält kein Atom von Souveränität“, schrieb Lassa an der Wende zum 20. Jahrhundert.

Eine israelische Annexion des Jordantals und seiner Kolonien im Westjordanland würde tatsächlich gegen drei grundlegende Normen des Völkerrechts verstoßen, die alle den Status eines jus cogens haben (d.h. universell anwendbar, gebräuchlich, keine Ausreden, keine Ausnahmen): 1) das Verbot des gewaltsamen Gebietserwerbs, 2) die Verpflichtung, das Recht der Menschen auf Selbstbestimmung zu respektieren, und 3) das Verbot der Unterwerfung, Kontrolle, Ausbeutung, Rassendiskriminierung und Apartheid durch Ausländer.

In Anbetracht der Ungeheuerlichkeit dessen, was Benjamin Netanjahu im Juli auf den Weg bringen will, sollte allein schon dessen Androhung den Staats- und Regierungschefs, die sich für die Einhaltung der auf Regeln gründenden westfälischen Rechtsordnung einsetzen, ein Frösteln über den Rücken jagen. Herr Trudeau scheint es leicht zu nehmen. Seine Regierung fordert Israel ohne Skrupel auf, nicht zu annektieren, während sie gleichzeitig mit etwas Geschäften macht, die sie offen als illegal zugibt - eine Vorgehensweise, die sie ziemlich sicher selbst dann beibehalten wird, wenn es zur Annexion kommt.

Kanada und die Siedlungen

Kanada begrüßt die Einfuhr von Siedlungsprodukten, weitet die Zollvergünstigungen im Rahmen des kanadisch-israelischen Freihandelsabkommens (CIFTA) auf diese aus und verteidigt das Recht Israels,

Siedlungsprodukte als israelischen Ursprung zu kennzeichnen. Die Regierung Trudeau weiß sehr wohl, warum Israel darauf besteht, Siedlungsprodukte als israelisch zu kennzeichnen, und es geht dabei nicht um Zollvergünstigungen. Als Reaktion auf meine Beschwerde [mehr dazu s. Hinweis im englischen Original] ging Ottawa vor ein Bundesgericht, um das Recht Israels zu verteidigen, seine kolonialen Hoheitsrechte in kanadischen Verkaufsregalen geltend zu machen. Es verlor. Die Etiketten von „Product of Israel“ auf Weinen aus Siedlung sind „falsch, irreführend und täuschend“, urteilte Richterin Anne Mactavish im Juli 2019. Kanadas Generalstaatsanwalt legt jetzt unbeirrt Berufung ein gegen den Beschluss von Richterin Mactavish - um die Annexionsbestrebungen Israels unter allen Umständen zu unterstützen.

Erstaunlicherweise geht die Unterstützung der kanadischen Regierung für den Siedlungsausbau mit der Anerkennung der Tatsache einher, dass Siedlungen absolut illegal sind, sowohl nach der Vierten Genfer Konvention (FGC) als auch der kanadischen Rechtsprechung gemäß der Genfer Konventionen (GCA)

Währenddessen lässt die *Canada Revenue Agency* (Einkommenssteuerbehörde) kanadische Zionisten Siedlungsbeiträge von ihren Steuern abschreiben. Der Jüdische Nationalfonds Kanadas, die *Canadian Friends of Ariel University* (in Ariel, der größten Siedlung im nördlichen Westjordanland) und die *Canadian Friends of Yeshivat Har Etzion* (im Siedlungsblock Gush Etzion) sind alle eingetragene Wohltätigkeitsorganisationen trotz ihres erklärten Bekenntnisses zur Kolonisierung und zur de facto (wenn auch nicht de jure) Annexion palästinensischen Landes. Öffentlich erklärtes Ziel von Yeshivat Har Etzion ist u. a.: Förderung eines „lebenslangen Engagements“ für *Am Yisrael und Eretz Israel*.

Erstaunlicherweise geht die Unterstützung der kanadischen Regierung für den Siedlungsausbau mit der Anerkennung der Tatsache einher, dass Siedlungen absolut illegal sind, sowohl nach der Vierten Genfer Konvention (FGC) als auch der kanadischen Rechtsprechung gemäß der Genfer Konventionen (GCA).

Global Affairs Canada gibt nicht öffentlich zu (obwohl seine Anwälte dies wissen), dass die Siedlungen einen der wenigen „schweren Verstöße“ im Rahmen des Zusatzprotokolls von 1977 zum FGC und GCA darstellen und daher ein mutmaßliches „Kriegsverbrechen“ im Sinne des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs und des kanadischen Gesetzes über Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen darstellen.

Die Doppelzüngigkeit der kanadischen Regierung kann einem den Atem verschlagen. In einem Brief vom Dezember 2017 an meinen Anwalt zum Fall der Weinetikettierung teilte der Regierungsberater die Sicht des kanadischen Generalstaatsanwalts mit, dass das Westjordanland tatsächlich jenseits der international anerkannten Grenzen Israels liegt, dass Israel dort die Besatzungsmacht ist und dass Siedlungen daher gegen Artikel 49 des FGC verstoßen - dass aber all dies für die Etikettierungsfrage „irrelevant“ sei. Mit anderen Worten, Kanadas oberster Richter hat kein Problem damit, das Recht Israels zu verteidigen, seine Siedlungsprodukte zollfrei und als „israelisch“ gekennzeichnet in Kanada zu verkaufen, alldieweil er gleichzeitig bestätigt, dass Siedlungen nach internationalem und kanadischem Recht ein mutmaßliches Kriegsverbrechen darstellen.

Bei den Anhörungen zur Modernisierung der CIFTA im April 2019 bestätigte der kanadische Außenminister Troy Lulashnyk gegenüber den Senatoren, dass seine Regierung die Siedlungen als „illegal und im Widerspruch zu den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates“ betrachte, dass sie aber erfreut sei, die Zollvergünstigungen auf die Produkte der Siedlungen auszudehnen (auch wenn die Handelsexperten von *Global Affairs Canada* darauf hingewiesen haben, dass die Siedlungen nicht Teil des CIFTA-Abkommens sind).

Einen Sitz im Sicherheitsrat?

Kanadas doppelzüngige Haltung zu Palästina/Israel und Rechtsstaatlichkeit hat ihren Preis. Am kommenden 17. Juni - zwei Wochen vor dem A-Day - wird Kanada gegen Norwegen und Irland antreten, um einen von zwei rotierenden Sitzen im UN-Sicherheitsrat zu erhalten. Norwegen gilt als sicherer Kandidat. Wer wird sich für den zweiten Sitz durchsetzen? Herr Trudeau drückt die Daumen, ist sich aber bewusst, dass Kanadas Position zu Palästina eine große Belastung darstellt. Chrystia Freeland, ehemalige Außenministerin und aktuell die stellvertretende Premierministerin, hat aktenkundig geschworen, Israels „Aktivposten“ im UN-Sicherheitsrat zu sein, sollte es einen Sitz gewinnen.

In Vorbereitung auf die Abstimmung haben rund 2000 Kanadier, Amerikaner und Europäer die UN-Botschafter aufgefordert, Kanadas Menschenrechtsbilanz insgesamt auf den Prüfstand zu stellen und für Irland zu stimmen. Eine zweite Petition konzentriert sich auf die Position Kanadas zu Palästina/Israel. [Zur Offenlegung: Ich war Mitinitiator der ersten dieser beiden Petitionen und gehöre zu den hundert Erstunterzeichnern.]

Liebhaber von Pferderennen sollten auf eine große Überraschung im Juni gefasst sein: ein irisches Verbot der Siedlungsprodukte. *Fianna Fáil* und die irischen Grünen unterstützen ein solches Verbot, *Fine Gael* nicht. Ein Verbot von Siedlungsprodukten verstoße gegen die EU-Handelspolitik, sagt Außenminister Simon Coveney (*Fine Gael*). Wenn Coveney klug ist - wenn er die pro-palästinensische Abstimmung in der UN-Generalversammlung für sich entscheiden und den begehrten Sitz im UN-Sicherheitsrat gewinnen will - wird er seine Meinung ändern.

Sollte Irland Kanada tatsächlich schlagen, wird Justin Trudeau die Gelegenheit dazu haben, den Lohn der Heuchelei - in Angelegenheiten, die den meisten UN-Mitgliedern am Herzen liegen - neu zu berechnen, unabhängig davon, ob Israel die Annexion vorantreibt oder nicht.

David Kattenburg ist Wissenschaftspädagoge. Er lebt in Winnipeg und produziert Sendungen für Radiosender und Internet.

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://mondoweiss.net/2020/06/israeli-annexation-canadian-confusion/>